



Keupers

kritischer

Kommentar

01-01-2020

Januar 2020

Gleichwertige Lebensverhältnisse ---- in der Stadt und auf dem Land!

Unter welchen Verhältnissen können die Menschen überall in Deutschland gut leben, wo und was muss sich ändern, damit dieses möglich ist? Mit diesem Ziel, gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu ermöglichen, hat das Bundeskabinett am 10. Juli 2019 beschlossen, die Auswertungen: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, der im Juli 2018 gebildeten Expertenkommission in die Tat umzusetzen, wobei die zwölf Schwerpunkte umfassenden Vorschläge der Kommission Grundlage eines Modernisierungsprogrammes sein sollen. Wirtschaftsschwache Regionen gezielt fördern, dort gezielt neue Arbeitsplätze schaffen, Breitband und Mobilfunk als nötige Grundlage digitaler Wirtschaftsstrukturen flächendeckend ausbauen, die Mobilitäts- und Verkehrssituationen in der Fläche modernisieren und somit die Dörfer und die ländlichen Räume stärken, sind die wichtigen Aufgaben der Zukunft. Aber auch Städtebauförderung und der soziale Wohnungsbau, Unterstützung bei der Bewältigung kommunaler Altschulden, Engagement und Ehrenamt stärken und fördern, Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern, Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen, die ärztliche Grundversorgung und soziale bzw. ärztliche Altersbetreuung garantieren, das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern, alles das sind wichtige Bausteine einer Richtschnur für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Mit diesen beschlossenen Aufgabenrichtlinien sollen bis zum Ende der 19. Legislaturperiode und darüber hinaus, effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse möglichst umfassend realisiert werden. Der Plan ist quasi ein umfassendes Umgestaltungs- und Modernisierungsprogramm für Stadt- und Landregionen, für Ost und West, für Nord und Süd, mit welchem, Wohlstand und Wachstum langfristig nachhaltig gefördert und gesichert werden sollen. Insbesondere vor allem Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum, zeitgemäße Mobilität, eine moderne digitale Infrastruktur, leicht erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, eine gute Versorgung mit ausreichenden Sozialen- sowie lebendigen Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten. Ziel ist es, überall in Deutschland den Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen gute Lebensperspektiven und gleichwertige Teilhabechancen bieten zu können.

Wie schaffen wir gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land?

Diese Vorstellungen unserer GroKo-Regierung sind sehr engagiert, ja, man könnte fast sagen, etwas hochtrabend und sehr futuristisch. Unterschiedliche Lebensverhältnisse bzw. Lebensperspektiven gab es schon immer in den sehr unterschiedlichen Provinzen und Regionen, zwischen der Stadt und

dem Land. Im Mittelalter war das Leben in den größeren Städten für die meisten Menschen etwas angenehmer als in den Dörfern. Und auch danach hatten die Städter in der Regel besser Chancen einer freieren Lebensgestaltung, wie die sehr oft von ihrem Grundherren abhängigen Bauern und Landarbeiter in der ländlichen Umgebung. Doch heutzutage hat das naturgeprägte, offenere Leben auf dem Lande wiederum gegenüber den engen, begrenzten Lebensräumen in den Städten gewisse naturbezogene freiere Lebensqualitäten hervorgebracht. Ein offenes personenbezogenes Zusammenleben auf dem Land, gegenüber einem meist unpersönlichen und engen Zusammenleben in der Stadt, dieses ist und bleibt auch der Unterschied zwischen dem ländlichen Raum und der städtischen Region und prägt das Leben ihrer jeweiligen Bewohner bis heute. Viele Pendler nehmen die Unsäglichkeiten des zeitaufwendigen und teuren Arbeitsweges in Kauf, weil sie das personenbezogenere Zusammenleben zu schätzen wissen, ein Zusammenleben was ihnen Anteilnahme und Sicherheit bietet, gegenüber den Unwägbarkeiten des Alltags. Damit ist aber eindeutig, dass es immer unterschiedliche Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den Provinzen und Regionen, zwischen den einzelnen Bundesländern geben wird. Man kann nur versuchen, diese im gewissen Rahmen anzugleichen und verschiedene Mängel in der Grundversorgung zu beseitigen. Das ist auch im Grunde genommen das Grundmotiv der geplanten, sagen wir besser erörterten Aktivitäten der Bundesregierung.

Ohne Förderung blutet der ländliche Raum langsam aus.

Der Zuzug der Menschen aus den ländlichen Regionen in die Stadtmetropolen hält seit Jahrzehnten oder besser gesagt seit Jahrhunderten an, weil sich dort bessere Arbeits- und Aufstiegschancen bieten. Unterbrochen von der Nachkriegsepoche, Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die Städte noch in Trümmern lagen. Vor allem die kleineren und kleinsten Gemeinden im ländlichen Raum sehen sich, entsprechenden Studien zufolge, mit einer Art Wachstumsnegativspirale konfrontiert. So hat sich dort zwischen 2008 und 2017 die Zahl der Erwerbsfähigen weiter stark verringert. Dieser Trend wird verstärkt insbesondere durch die Abwanderung von jungen erwerbstätigen Menschen in die Großstädte, die dort außer Arbeit auch eine wechselhafte und interessante Kultur- und Freizeitbühne vorfinden, sowie einen wesentlich erweiterten Kreis gleichgesinnter Alterskohorten wie in ihren Landregionen. Die Metropolen haben dadurch eine enorme Sogwirkung. Wissens- und wertschöpfungsintensive Branchen sind dort konzentriert und haben Vorteile im Wettbewerb um Fachkräfte. Die strukturschwachen Regionen laufen deshalb Gefahr, wirtschaftlich weiter zurückzufallen. „Die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen muss in diesen Regionen eine der Hauptaufgaben der Zukunft sein“, sagte Harald Herrmann vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bei der Vorstellung einer entsprechenden Studie in Berlin. Laut einer Bevölkerungsprognose des BBSR, wird die Einwohnerzahl in Deutschland bis 2035 leicht auf 78,2 Mio. Menschen sinken und gleichzeitig die Alterung der Bevölkerung weiter fortschreiten, was die Strukturentwicklungen weiter beeinflusst. Die regionalen Unterschiede sind aber heute schon groß. Einer immer größer werdenden Gruppe von schrumpfenden Kommunen steht in Zukunft eine größer werdende Gruppe wachsender (Groß-) Städte gegenüber. Für diese schrumpfenden dörflichen Gemeinden muss daher dringend die vorhandene soziale und technische Infrastruktur an eine sich ändernde Nachfrage angepasst werden. Vorrangig müssten vor allem die der Klein- und Mittelstädte in den dünn besiedelten Regionen wegen ihrer Versorgungsfunktion für die umliegenden Dorfgemeinden gestärkt und dort erforderliche Einrichtungen angesiedelt, respektive ausgebaut werden. Auch eine geförderte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen nebst dem

vorhandenen bürgerschaftlichen Engagement bieten Chancen, die erforderliche Daseinsvorsorge zu sichern und die Lebensqualität in ländlichen Räumen zu erhalten. Dazu tragen auch entsprechende Programme einer gezielten Städtebau- bzw. Raumentwicklungsförderung durch die Bundesländer bei, wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, sowie eine von ihnen geforderte Entschuldung der zum Teil überschuldeten Zentralkommunen in den dünner besiedelten Räumen.

Der Dorfladen als Treffpunkt der Menschen.

Schon praktizierte Maßnahmen zur Förderung der ländlich strukturierten Bereiche sind besonders geförderte Projekte, wie zum Beispiel die Rückkehr der Dorfläden in den ländlichen Raum. Mit ihm kann man so manche Nahversorgungslücke im Dorf retten. Wenn der kleine Lebensmittelladen, der Bäcker oder der Metzger zugemacht hat, die Sparkassenfiliale schließt, und die Post nicht mehr da ist, dann fehlen gerade in den ländlichen Regionen oft die lebensnotwendigen Alternativen. Die Folge: Immer mehr Menschen fühlen sich abgehängt, dadurch wird die Abwärtsspirale weiter in Gang gesetzt. Denn wenn die Nahversorgung mit Lebensmitteln, Dienstleistungen und sozialen Angeboten wegfällt, flüchten die jungen Menschen erst recht in die nächstgrößere Stadt, während die älteren Bewohner Probleme damit haben, für sich selbst sorgen zu können. Damit ergibt sich aber, sinken die Einwohnerzahlen, sinken auch die Chancen für gleichwertige Lebensverhältnisse. Viele Kommunen wollen dieser Entwicklung aber nicht tatenlos zusehen, sondern eine Lösung finden. Weshalb sie sich mit dem Gedanken beschäftigen, den Dorfladen wieder zurück ins Dorf zu holen. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), hat beim Dorfladentag 2019 in Kaub, die Bedeutung der Dorfläden für den ländlichen Raum, für das Leben in den Dörfern hervorgehoben. „Ein Dorfladen verbessert nicht nur die Versorgung der Menschen vor Ort. Solche Läden sind auch Begegnungsstätten, die einen wertvollen Beitrag zum Gemeinschaftsgefühl eines Ortes leisten“, so Lewentz. Seit 2011 wurden in den Gemeinden in Rheinland-Pfalz mit Förderung der Landesregierung über 37 Dorfläden eröffnet, die alle auch heute noch erfolgreich betrieben werden.

Ein „Dorf-Büro“ als Arbeitsplatz.

Ein „Dorf-Büro“ ist ein Gemeinschaftsbüro, in dem zeitlich flexibel einzelne Arbeitsplätze und Besprechungsräume angemietet werden können. „Dorf-Büros“ beruhen auf dem Konzept der Coworking Spaces. Der englische Begriff („Räume fürs Zusammenarbeiten“) ist in den vergangenen Jahren im Zuge der Digitalisierung und neuer Arbeitsformen populär geworden. In immer mehr Städten sind zuletzt solche Gemeinschaftsbüros entstanden. Aber auch für viele Dörfer sind sie eine Chance, die Lebensqualität zu verbessern und die Arbeit zurück ins Dorf zu holen. Nach dem Innenminister von Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), wird das „Dorf-Büro“ eben neues Arbeiten auf dem Land bieten, die Rückkehr der Arbeit in die ländliche Region ermöglichen. Er animiert die Kommunen, sich um die Finanzierung und Beratung für ein „Dorf-Büro“ zu bewerben. Mit bis zu 100.000 Euro kann ein solches Vorhaben vom Land im Rahmen eines erweiterten Modellprojekts gefördert werden. „In diesem und den nächsten beiden Jahren sollen“, so der Minister, „insgesamt bis zu neun „Dorf-Büros“ entstehen. Sie werden dazu beitragen, den ländlichen Raum weiter zu stärken und durch neue Arbeitsformen zukunftsfähig zu gestalten.“ Vor allem für Pendlerinnen und Pendlern könnten die „Dorf-Büros“ eine gute Alternative darstellen und durch die wegfallenden Wegstrecken mehr Lebensqualität bieten. Die „Dorf-Büros“ werden flexibel mietbare Büro-Arbeitsplätze mit der nötigen technischen Ausstattung und Besprechungsräumen offerieren. Sie haben das Potenzial, Arbeit zurück in die Dörfer zu holen und kommunalen Leerstand wiederzubeleben.

Gleichzeitig werden die Büros das Dorfleben in rheinland-pfälzischen Kommunen wiederbeleben.

Bessere Mobilität im ländlichen Raum.

Das Kraftfahrzeug ist im ländlichen Raum fast unerlässlich, um die Mobilität außerhalb des dörflichen Lebens zu ermöglichen. Disperse Siedlungsstrukturen verbunden mit schlechter Erreichbarkeit und größerer Entfernung, mangelnde Versorgungs- und Einkaufsmöglichkeiten, geringere gesundheitliche Versorgungsstrukturen inklusive stationärer Pflegeeinrichtungen, schlechter örtlicher Kinderbetreuung und schulischer Versorgung erhöhen die Anzahl der Wegstrecken und die Anzahl der zurückzulegenden Entfernungen, wodurch die technische Erreichbarkeit in den ländlichen Gebieten erheblich erschwert wird. Für den ländlichen Raum ist daher die Mobilität eine Grundvoraussetzung für eine zufriedenstellende Lebensqualität, der eigene Pkw fast ein Muss für funktionierende Lebensverhältnisse. Daher, der ÖPNV ist dort unabdingbar, er verbindet nicht nur die Gemeinden, er ist für manche Menschen, besonders für ältere, eine Notwendigkeit für das Leben auf dem Lande. Das Funktionieren des öffentlichen Nahverkehrs ist also eine notwendige Voraussetzung für das Leben im ländlichen Raum und sorgt dafür, dass den Pendlerinnen und Pendlern die Möglichkeit geboten wird, ohne durch Verkehrsstaus auf den überlasteten Landstraßen und Autobahnen langfristige Arbeitswege zu bewältigen und ohne Stress den Arbeitsplatz zu erreichen.

Der Landkreis Alzey-Worms hat in den letzten Monaten ein neues Konzept eines flächendeckenden Busverkehrs in die Tat umgesetzt, welches beinhaltet, dass jede Gemeinde zwischen 6:00 und 19:00 Uhr und an allen Wochentagen, alle 60 Minuten, kleinere Gemeinden mindestens alle 120 Minuten angefahren und mit den Bahnhöfen an den Bahnstrecken nach den Oberzentren Mainz und Worms verbunden werden, wo ein kurzfristiger Anschluss zu den halbstündlich getakteten Regionalzügen besteht. Diese auf Pendlerinnen und Pendlern ausgerichtete Busverbindungen, die aber auch den Schülerverkehr gut abdecken, sind für den Kreis eine finanzielle, für die Busunternehmen eine personelle Kraftanstrengung. Eine Million Euro muss der Landkreis pro Jahr zuschießen.

Damit wird klar, dass eine möglichst zukunftsorientierte flächendeckende ÖPNV-Verkehrsstruktur allein von den Kommunen oder den regionalen Verkehrsverbänden nicht gestemmt werden kann, insbesondere weil durch die soziodemografischen Veränderungen, die Anforderungen an die Mobilität wegen der damit verbundenen fortschreitenden Individualisierung weiterhin zunehmen wird. Deswegen werden in Zukunft erhebliche finanzielle Zuwendungen von den Ländern als auch vom Bund erforderlich sein, um den ÖPNV in den ländlichen Regionen als notwendigen starken Mobilitätsfaktor auszubauen.

Also, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen wird nicht billig sein!

Zusammenfassend ist festzuhalten, wenn die Bundesregierung für annähernd gleich Lebensverhältnisse in Stadt und Land sorgen will, das haben die Zwischenkapitel gezeigt, sind erhebliche Gelder in die Hand zu nehmen. Die Länder, aber besonders die Kommunen bemühen sich schon entsprechend. Darum liebe Bundesregierung, es wird schwierig, annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, doch das schaffen wir!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, 12. Januar 2020,

Heinrich Keuper